

Herrn
Bundesminister Rudolf HUNDSTORFER
BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK)

Stubenring 1
A-1010 Wien

Wien, 9. Mai 2014

Betreff: Behinderung der Arbeitsvermittlung statt Arbeitsmarktpolitik

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Während ich den Reden zum 1. Mai lauschen durfte, war ich gerade damit beschäftigt die Mitarbeiterlöhne inklusive Lohnnebenkosten zu überweisen. Dabei drängte sich der Schluss auf, dass die Politik mittlerweile völlig abgehoben in einer eigenen Parallelwelt lebt und keinerlei Interesse an der realen Situation der arbeitenden Bevölkerung hat.

Offenbar besteht in Politik und Verwaltung die Vorstellung, Arbeit ist eine Art Beschäftigungstherapie, die man wohlgesonnenen Genossen zukommen lassen könne und missliebigen entziehen kann.

Leider - so der Subtext der Reden - wird die Zahl der geschützten Arbeitsplätze in staatlichen, staatsnahen und hochsubventionierten Bereichen immer kleiner, womit sich sowohl die Verteilungskämpfe verstärken und die Zahl der zu kurz gekommenen größer wird.

Arbeit als Art Kuchen, den es zu verteilen gilt. Welch absurdes Bild! Wer bäckt denn diesen Kuchen?

Abgesehen von ideologischen Phrasen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie "geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut" oder "her mit der Reichensteuer" habe ich den Reden keine Inhalte mit Zukunftsperspektive entnehmen können. Man müsse das AMS stärken, war noch ein weiterer Sinnspruch, man müsse die Lohnnebenkosten senken, der andere. Immerhin habe man das mit 0,1% geschafft!

AMS behindert Arbeitsvermittlung - durch Steuergelder finanziert!

Während der Reden fiel mir unsere Mitarbeitersuche vor einigen Wochen wieder einmal auf der Suche nach neuen Mitarbeitern (was wir im übrigen praktisch immer sind). Die Mitarbeitersuche ist - sofern nicht Top-Manager gesucht werden - auf Grund der zersplitterten Strukturen des privaten Anzeigen- und Jobbörsenmarkts sehr zeitaufwändig und kostenintensiv geworden. Wer nicht bereit ist 3-6 Monatsgehälter an Jobscouts zu zahlen und dann zu riskieren, dass der vorgeschlagene Mitarbeiter noch im Probemonat einen anderen Job nimmt, der muss sich auf komplizierte und langwierige Recherchen einstellen.

Gibt es da nicht auch die Job-Plattform des AMS? Gibt es nicht hundertausende Arbeitslose, die ständig in Schulungen gesteckt werden? Zahlen wir nicht direkt und indirekt unter dem Titel Arbeitsmarktförderung enorme Steuersummen?

Also habe ich unsere zuständige Mitarbeiterin beauftragt, doch einmal die AMS-Jobplattform nach potentiell geeigneten Mitarbeitern zu durchforsten. Nach einigen Tagen und etwa 8 Stunden Recherche konnte mir die Mitarbeiterin zweierlei berichten.

Erstens, ja sie habe etwa 8-10 potentiell geeignete Mitarbeiter gefunden, die wir zu einem Bewerbungsgespräch einladen könnten.

Zweitens, nein wir dürfen sie nicht einladen. Das AMS gibt keine Kontaktdaten bekannt. Selbst wenn wir uns als Unternehmen auf der Plattform registrieren, bekommen wir keine Kontaktdaten, sondern das AMS teilt uns Arbeitssuchende zu! Eine Vorgangsweise die ich schon aus früheren Jahren kenne. Wir waren dann tagelang durch Personen blockiert, die (a) objektiv völlig ungeeignet waren und/oder (b) bloß einen Ablehnungsschein abholen wollten.

Die AMS-Jobplattform agiert wie zahllose Internet-Kontaktbörsen, bei denen attraktive Profile, schöne Männer und Frauen, InteressentInnen anlocken um sie dann abzuzocken. Ob das seriös und zielführend ist, mögen Sie bitte selbst beurteilen.

Wen ich zu einem Anstellungsgespräch einladen will, wen ich anstelle, wer in unseren Betrieb passt, ist immer noch eine innerbetriebliche Entscheidung. Die Zeit der Plan- und Zwangswirtschaft ist vorbei, offenbar nicht in den Köpfen der AMS-Verantwortlichen.

Als Spielwiese für arbeitsmarktpolitische Experimente ist mir die Zeit jedes unserer Mitarbeiter zu schade. Wir haben genug Aufträge und würden gern noch mehr übernehmen, dazu suchen wir Mitarbeiter, nicht um als geschützte Werkstätte einen "Arbeitskuchen" aufzuteilen.

Ich habe daher die Weisung gegeben, auf die "Dienste" des AMS zu verzichten, wir haben es dann auch geschafft über andere - privat finanzierte - Wege unsere Mitarbeiter zu finden. Der Ärger jedoch, Strukturen zwangsweise zu finanzieren, die gegen die Interessen der Arbeitssuchenden arbeiten, wird noch lange bleiben.

Mehr Steuern statt handeln

So habe ich - begleitet von Leerformeln - unsere Lohnsumme von 26.255,52 Euro gesetzeskonform verteilt, 14.348,10 Euro erhielten die Mitarbeiter, das sind 54,65%. 45,45% der Ausgaben kommen nicht beim Mitarbeiter an, aber auch nicht bei Infrastrukturleistungen, wie Gesundheit, Wohnen, Pflege oder Bildung. Diese werden im Monatsrhythmus reduziert!

Bei den Löhnen, die wir bezahlen, die im übrigen recht genau im österreichischen Durchschnitt liegen, können die Mitarbeiter wenig in "kreative" oder "intelligente" Finanzprodukte abzweigen, auch Zocker oder Dealer finden sich nicht unter unseren Mitarbeitern. Tatsächlich geht praktisch das gesamte Einkommen in Wohnen, Energie, Ernährung, Kindererziehung, Gesundheit und auch ein wenig Urlaub und Freizeit. Alles Leistungen, die mit 10 bzw. 20% Umsatzsteuer belegt sind. Nimmt man nur den 10%igen Satz, bleiben den Mitarbeitern 12.913,29 Euro, wir halten bei nur mehr 49,18%! Von all den versteckten Steuern, Zwangsabgaben und Zwangsmitgliedschaften, ob Mineralöl- oder Versicherungssteuer usw. will ich gar nicht reden. Mittlerweile ist jeder Kontakt der Bürger mit Behörden gebührenpflichtig.

Mehr als 50% des erwirtschafteten Einkommens landen in der Staatsbürokratie. Nicht jedoch von jedem BIP-Bestandteil! Einem BIP von etwa 303 Mrd. Euro (2013) steht ein Bundesbudget von etwa 75 Mrd Euro (Ausgaben 2013) gegenüber, etwa 25% des BIP. Ein offenbar erheblicher Teil des erwirtschafteten BIPs liegt somit in der Abgabenquote weit unter den 50% der Abgaben deslohneinkommens. Dass das auf Dauer nicht gutgeht, dazu benötigt es keine komplexe Volkswirtschaftsrechnung, das aber nur nebenbei.

Abzockspirale dreht sich immer schneller

Das eine reden, das andere tun ist offenbar Leitmotiv dieser Regierung. Im Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen zur Stärkung der Arbeit am 1. Mai passiert genau das Gegenteil.

Von der letzten kollektivvertraglichen Lohnerhöhung - die unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung zu zahlen ist - sind dann nur mehr 40% bei den Mitarbeitern angekommen, die "Inflationsanpassungen" bei der Miete müssen aber zu hundert Prozent bezahlt werden. Von einem Lohnsummenplus von 70,- Euro landen 30,- Euro beim Mitarbeiter, der damit seine 5%ige Mieterhöhung seiner 700,- Euro-Wohnung (wahrlich kein Penthouse!) bezahlen muss. Trotz 70,- Euro Mehrkosten für das Unternehmen hat der Mitarbeiter 5,- Euro weniger für seine Kinder, Bildung usw. 70,- Euro mehr die jedoch verdient werden müssen, am Ende des Tages durch Produktivitäts- und Effizienzsteigerung. Und Sie wundern sich noch über steigenden Arbeitsdruck?

Warum ist der Mitarbeiter so blöd in der Privatwirtschaft zu arbeiten. Soll er doch in einem geschützten Bereich, im öffentlichen Bereich unterlaufen. Hier haben wir wohlverworbene Rechte, Zwei-Jahres-Biennalsprünge, Vorrückungspläne, Prämien für Arbeitsantritt, Definitivstellung, Versetzungsschutz und Schutz gegen erhöhte Leistungsansprüche.

Sie können sich sagen, was kümmert mich ein kleiner Gewerbebetrieb mit 26.000,- Euro monatlicher Lohnsumme? Sie können nun den Brief weglegen und sich wichtigerem widmen. Sie können sich aber auch unsere kleine Geschichte anhören.

Immerhin müssen weit über hunderttausend EPU's (Einpersonenunternehmen) mit unserer Monatslohnsumme ein ganzes Jahr auskommen. Mit den Angehörigen sind dies mehrere hunderttausend Personen. Von den zahllosen Arbeitslosen, Praktikanten und prekär Beschäftigten, die nicht einmal dieses Jahreseinkommen haben, rede ich nicht.

Etwa die Hälfte der österreichischen Unternehmen hat eine vergleichbar hohe Monatslohnsumme wie wir. Zusammen stellen sie das Rückrat des österreichischen Wohlstands dar. Ein Wohlstand, auf den wir zu Recht stolz sein können.

Dieser Wohlstand wird aber durch die derzeitige Regierungspolitik mutwillig und grob fahrlässig zerstört!

Billiges Geld für politische Denkmäler

Offenbar besteht bei VP und SP weiterhin Konsens, dass von der arbeitenden Bevölkerung billig und leicht Geld zu beschaffen ist. Über sinnvollen Einsatz, Effizienzsteigerung durch permanente Verwaltungsreform, Vorbereiten für die Zukunft (Bildung) oder reagieren auf ein völlig neues gesellschaftspolitisches Umfeld (EPU's, Generation Praktika, erhöhte Lebenserwartung, globale Wirtschaft, ...) wird dagegen nicht nachgedacht.

Nicht einmal der Subventionsdschungel wird abgeholzt, sondern mit immer höheren Aufwand verwaltet. Man könnte ja Pfründe von potentiellen Wählern berühren und die Nicht-Wähler, die mittlerweile die größte Einzelgruppe darstellen, sind selber schuld, dass sie ignoriert werden. Sollen sie sich doch Bemühen in einen geschützten Bereich unterzukriechen.

Und so werden immer mehr Sonder- und Schutzbestimmungen, noch mehr Subventionsstrukturen geschaffen, statt Arbeit und Arbeitsmöglichkeiten zu vereinfachen und attraktiver zu machen.

In diesem undurchsichtigen System blühen dann die Denkmäler der Dorfkaiser und Landesfürsten. Wer offenen Auges durchs Land fährt, kann die zahllosen Projekte politischer Selbstdarstellung nicht übersehen. Er kann die absurden Doppelgleisigkeiten und Sinnlosigkeiten erkennen, überdimensionierte Gemeindeämter, Spitäler am falschen Ort, winzige überverwaltete Schulen, Kindergärten, die zusperren, wenn die Eltern arbeiten, ein "föderalisiertes" Pflegesystem, das zum Großteil von einem einzigen Schweizer Konzern betrieben wird. Die Liste ist endlos, sie kann beim Rechnungshof kostenfrei abgerufen werden.

Wer im geschützten Bereich drinnen ist, um den kümmert sich die Politik, Landesfürsten, GÖD, Kammern und ein Filz parteinaher Organisationen und Unternehmen sorgen für ihn. Das Geld dazu kommt von jenen blöden Steuerzahlern, die nicht in einem Subventionsbetrieb arbeiten wollen, sondern davon überzeugt sind, dass sie etwas können und produzieren, das andere Menschen benötigen und daher dafür freiwillig bezahlen.

Aber natürlich nur dann konsumieren können, wenn ihnen nicht vorher soviel abgezweigt wird, dass sie ständig am Rand der sozialen Existenz leben müssen.

Arbeit bedeutet, dass Menschen die etwas können, anderen Menschen die etwas benötigen, Produkte und Dienste verkaufen. Kaufen und verkaufen sind die Triebfeder unserer Gesellschaft. Pfui!, wie schrecklich mag sich ein gestandener Bürokrat denken, der von der geldlosen Gesellschaft träumt. Und so wirkt der größte Teil der österreichischen Politik. Es wird nicht Wirtschaft als Begegnung von Menschen, die etwas können gefördert, sondern ein undurchsichtiges System der "Unterstützung", Subventionen und "Hilfen" aufrecht erhalten, das die betroffenen Menschen in Abhängigkeit hält und tatsächlich nur den Organisatoren dieses Systems nützt.

Im übrigen ist dieses System auch eine Missachtung gegenüber all jener Menschen, die in der öffentlichen Wirtschaft hart arbeiten und gute Leistungen erbringen. Doch der noch so tüchtige Lehrer, der noch so engagierte Pfleger oder die noch so hart arbeitende Ärztin können nicht Fehlstrukturen beseitigen, sie können versuchen sie zu mildern, zu ignorieren oder zu umgehen. Und riskieren dann Undank, Mobbing unter Kollegen oder disziplinarische Maßnahmen.

Die Feudalzeit ist jedoch vorbei! Die Menschen wollen ihr Leben selbst bestimmen, das können sie, wenn sie gut für diese neue Zeit vorbereitet werden (Bildung, Bildung, Bildung) und wenn ihnen täglich vorgelebt wird, dass der - notwendigerweise - abgelieferte Steuereuro gut und effizient eingesetzt wird. Für all die wichtigen Infrastrukturleistungen, die der Einzelne nicht oder nur sehr aufwändig selbst schaffen könnte, Verkehr, Energie, Bildung, Gesundheit, Lebensvorsorge.

Verweigerung eines Mindestlohns, Verweigerung des Wandels

Es passt in dieses System der Pfründeverwaltung, der Abhängigkeiten, Zuteilungen und Subventionen, dass den arbeitenden Menschen ein angemessener Mindestlohn verweigert wird. Gut ausgebildete Menschen, mit einem Einkommen, das zum Leben reicht, ein Verbot der un- und unterbezahlten Praktika (die auch im öffentlichen Bereich gang und gäbe sind) würden zahllose Subventionsstrukturen und geschützte Werkstätten überflüssig machen. Menschen mit Arbeit würden die Arbeit anderer Menschen nachfragen und bezahlen.

Arbeit ist kein gleichbleibender Kuchen, der Wohlgesonnenen zugeteilt wird, sondern ein dynamisches System, das wächst, je mehr sich daran produktiv beteiligen. Bei Wegfall von Subventionen und Doppelgleisigkeiten müsste niemand um (s)einen Job fürchten, allzuviel Arbeit in Bildung, Pflege, Umweltschutz, Forschung, Gesundheit, Sicherheit usw. usf. sind heute unerledigt, zu viele Kräfte werden in Verwaltungssystemen á la AMS gebunden. Viele nutzlos gebunden Kräfte wären frei für sinnvolle Tätigkeiten.

Statt dem ideologischen Gespenst der Reichensteuer nachzujagen, wäre die Umsetzung eines Mindestlohns die wirksamste Armutsprävention (und im übrigen auch die beste Maßnahme zur Verminderung der Einkommensschere). Den Mindestlohn durchzusetzen würde aber politischen Mut und wohl auch neue politische Weggefährten erfordern. Da ist es schon viel bequemer über die nicht und nicht kommen wollende Vermögenssteuer zu jammern.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Als Geschäftsführer bin ich jeden Tag gefordert unsere Geschäftsabläufe zu hinterfragen, zu optimieren und zu verbessern. Nicht weil ich als böser Ausbeuter geldgierig bin und die Mitarbeiter in den BurnOut treiben möchte, sondern weil Leerläufe und Fehler die schlimmsten Motivationskiller sind, weil wir im Wettbewerb mit anderen stehen, die auch gute Ideen haben und weil schlicht Produkte und Dienste verbessert werden. Man nennt das im übrigen Wachstum.

Wer ständig seine Abläufe verbessert, betreibt die beste Krisenprävention. Sowohl was die Jobsicherheit der Mitarbeiter, als auch was die Zukunft seiner Wirtschaftstätigkeit betrifft. Wer sich seit Jahrzehnten Strukturreformen verweigert, "wohlerworbene" Pfründe verteidigt, schlicht Änderungsresistent ist, fährt diese Gesellschaft an die Wand.

Nun können Sie argumentieren, was geht mich das an? Für die Absurditäten des AMS ist das AMS zuständig, dafür haben wir es ausgegliedert. Mit den Ineffizienzen in der Gesundheitsversorgung sollen sich Gesundheitsminister, Sozialversicherungen und Länder beschäftigen. Für die kalte Progression ist der Finanzminister, für sind die Kollektivverträge die Sozialpartner und für den Mindestlohn ist überhaupt niemand zuständig.

Vielleicht ist aber das schon unser Problem. Wir haben in Österreich zu viele "Zuständige", die ihren Schrebergarten verwalten und zu wenige Verantwortliche, die ihre Position zur Umsetzung von Reformen nutzen und im Falle des Scheiterns auch Konsequenzen ziehen.

Auf Ihre geschätzte Antwort wartend und in der Hoffnung, bei der nächsten Mitarbeitersuche nicht wieder von einem undurchsichtigen AMS-System behindert zu werden, verbleibe ich

mit vorzüglicher Hochachtung



Hans G. Zeger

PS: Ich behalte mir vor den Brief und Ihre Antwort einer interessierten Öffentlichkeit zukommen zu lassen.